

Beschluss des Gewerkschaftstags 2007

Antragsteller: GLV

GEW protestiert gegen die Benachteiligung der Bremer Beamtinnen und Beamten in der Besoldung

Der Bremer Senat hat in seinem Eckwertepapier beschlossen, die Besoldung der Beamten zum 1. Oktober 2008 um 1,9 % und zum 1. Oktober 2009 um 1 % zu erhöhen. Auf die im Tarifvertrag geregelte zusätzliche Einmalzahlung wird ganz verzichtet.

Damit werden die Bremer Beamten bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung gegenüber den Beamten der anderen Bundesländer benachteiligt. Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen werden zum 1.1.2008 die Besoldung um 2,9 bzw. 3 Prozent anheben. Zudem zahlt das Land Niedersachsen seinen Beamten im Jahr 2007 eine Einmalzahlung in Höhe von 860 €.

Der Bremische Gewerkschaftstag der GEW protestiert gegen die geplante Benachteiligung der Bremer Beamten bei der Besoldung und fordert vom der Landesregierung und der Bürgerschaft die volle Übernahme des Tarifergebnisses für den öffentlichen Dienst, d.h. eine Besoldungserhöhung von 2,9 % für alle Besoldungsgruppen und zwar ungeteilt ab 1. Januar 2008, die Übernahme der Einmalzahlung und die Wiedereinführung der Jahressonderzahlung auch ab A 12 (Weihnachts- und Urlaubsgeld) sowie eine entsprechende Erhöhung der Versorgungsbezüge.

Der Bremer Senat verlangt von seinen Beschäftigten gute und engagierte Arbeit. In der Bildung sind umfangreiche Veränderungsprozesse geplant. Dazu bedarf es motivierter Kolleginnen und Kollegen. und der Wertschätzung ihrer Arbeit. Deshalb müssen endlich nach Jahren des Abbaus die Beamtenbezüge nun diese wie in den anderen Bundesländern wieder angehoben werden. Dadurch könnte das Land Bremen außerdem einen Standortnachteil bei der Gewinnung des pädagogischen Nachwuchses und weiterer qualifizierter Fachkräfte ausgleichen.

Die Bremer GEW wird gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Beschäftigten zu Protestmaßnahmen mobilisieren. Für den 21.11.2007 rufen wir im Anschluss an die Personalversammlung Schulen zu einer Demonstration auf, falls bis dahin kein akzeptables Angebot vorliegt.

In der vorliegenden Fassung angenommen.